Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 126 — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Mittwoch den 2. Juni 1926

Bedenkliche Landflucht.

Mehr als ein Viertel des deutschen Volkes wohnt in Großstädten, d. h. in solchen, die mehr als 100 000 Einwohner zählen; aber mehr als ein Drittel wohnt immer noch auf dem flachen Lande, also in Ortschaften mit weniger als 2000 Einwohnern. Rechnet man noch die in Landstädten — bis 5000 und in Kleinstädten bis 20 000 — Wohnenden hinzu, so kommt man zu dem überraschenden Resultat, daß die Mehrheit des deutschen Volkes noch immer in Ortschaften wohnt, die im wesentlichsten und engsten Zusammenhang — besonders wirtschaftlicher Art — mit dem Lande stehen. Allerdings zeigt auch die letzte Volkszählung, daß diese Bevölkerungsverteilung sich ständig zugunsten der größeren und ganz großen Städte verschiebt; denn 1871 wohnten nicht weniger als 63 % des deutschen Volkes auf dem Lande. Und wenn man alles, was in Orten mit über 2000 Einwohnern lebt, als „städtische Bevölkerung" bezeichnet, so hat sich seit 1871 das Verhältnis zwischen ihr und der ländlichen Bevölkerung gerade umgekehrt.

Der Geburtenüberschuß, den das Land erzielt, wandert aber restlos in die Städte ab; denn die Zahl der ländlichen Bevölkerung ist bis 1919 mit 26 Millionen etwa gerade so hoch wie 1871; jetzt ist sie bekanntlich um mehrere Millionen zurückgegangen infolge der Verluste, die uns der Frieden von Versailles zufügte, wodurch ja weite und reichbesiedelte ländliche Bezirke des Ostens getroffen wurden. Insgesamt zählt das jetzige Deutsche Reich 62 348 782 Einwohner laut Volkszählung vom 16. Juni 1925. Innerhalb der städtischen Bevölkerung erfolgt nun eine Verschiebung „nach oben", indem verhältnismäßig die Großstädte rascher anwachsen — Eingemeindungen, oft durch finanzielle Schwierigkeiten begründet, spielen dabei eine große Rolle — als die mittelgroßen Städte. Saßen in den Hundertstädten 1871 erst 4,8 % der Bevölkerung, so war dieser Hundertsatz bis 1925 auf das Vierfache gestiegen.

Nun ist es, wie erwähnt, eine längst bekannte Tatsache, daß das flache Land einen weit größeren Geburtenüberschuß hat als die mittlere oder gar die Großstadt; Bezirke mit vorwiegend ländlicher Bevölkerung erfreuen sich prozentual einer viel zahlreicheren Kinderschar als solche, wo die Städte sich drängen. Das Land erhält also nicht nur die Großstadt, es führt ihr nicht nur ständig frisches Blut zu — in der dritten Generation würde eine Großstadtfamilie ohne diese Blutzufuhr ausgestorben sein —, sondern es hilft auch die Bevölkerung der Großstädte vermehren. Jetzt beginnt diese Entwicklung langsam, bedenklich zu werden. Wir wollen uns nichts vormachen: die Frage der Siedlung ist nicht bloß finanziell und wirtschaftlich bisher nicht gelöst, sie ist es auch bevölkerungspolitisch nicht. Das Schlagwort: „Dorf an Dorf von der Memel bis zum Rhein" ist Schlagwort geblieben und mußte es bleiben, schon aus Mangel an geeigneten Menschen; auch widersprach es der notwendigen Industrialisierung Deutschlands. Aber das Land bietet infolge des ständig wachsenden Übergangs der Landwirtschaft zum maschinellen Betrieb immer weniger Raum für Arbeitskräfte, die durch Maschinen ersetzt werden, ersetzt werden müssen. So wird die Grundlage, auf der die Pyramide unserer Bevölkerung ruht, zwar kaum schmaler, aber die Spitze verbreitert sich in raschem Tempo. Der einsichtige Bevölkerungspolitiker wird also sein Augenmerk darauf zu richten haben, daß jene Basis vor allem fest bleibt, nicht durch falsche Wirtschaftsmaßnahmen zermürbt wird. Und diese Festigung und Kräftigung der deutschen Landwirtschaft ist daher eben nicht bloß eine allgemeine wirtschaftliche Angelegenheit des Staates, sondern vor allem soll sie den Jungbrunnen erhalten, aus dem immer neue Kräfte in unser Volk hineinströmen.

Eine Riesenmenge schwerster Erregung, furchtbarer wirtschaftlicher Sorgen durchflutet die deutsche Landwirtschaft; sie will sich nicht mehr mit bloßen Worten und Vertröstungen zufriedengeben. Die Großstadt frißt den Menschen, jetzt noch schneller als früher. Daher ist es dringendstes Bedürfnis im Interesse der Erhaltung unseres Volkes, alles zu tun, um dieser schweren Erschütterung der Grundlage entgegenzuarbeiten, sich das Kraftreservoir zu erhalten, das uns unentbehrlich ist, soll unser Volk nicht verkümmern und allmählich absterben.

Die Zusammensetzung des Reichskabinetts.

Vorläufig keine Änderungen.

Im Reichskabinett ist eingehend die Frage einer Erweiterung des gegenwärtigen Kabinetts erörtert worden. Wie sich ergab, war man einmütig der Auffassung, daß eine Neubesetzung der gegenwärtigen vom Reichskanzler mitverwalteten Ministerien der Justiz und der besetzten Gebiete zurzeit nicht opportun sei. Daraus ergibt sich, daß eine Änderung in der Zusammensetzung des gegenwärtigen Kabinetts vorläufig nicht in Frage kommt.

Ferner wurde die Frage erörtert, ob die Posten des Staatssekretärs der Reichskanzlei und des Reichspressechefs neu besetzt werden sollen. Über die Ernennung des Staatssekretärs der Reichskanzlei hat das Reichskabinett auf Vorschlag des Reichskanzlers zu entscheiden, während der Pressechef vom Reichskanzler allein ernannt wird. In beiden Fällen hat Reichskanzler Marx, der die entsprechenden Vorschläge zu machen hat, den Wunsch ausgesprochen, diese Frage solange offenzulassen, bis nach dem Zusammentritt des Reichstages Gelegenheit gegeben ist, mit den Parteien und den Fraktionsführern in Verbindung zu treten.

Eine unsichere Kammermehrheit für Briand.

Paris, 1. Juni. Die heutige Kammersitzung, die erste nach der Pfingstpause, wurde unter ungeheurem Andrang des Publikums eröffnet. Es legen mehrere Interpellationen vor, an erster Stelle die des Radikalsozialisten Hulin, der auf die sofortige Festsetzung des Datums der Beantwortung seiner Interpellation bestand. Darauf ergriff Briand das Wort und erklärte, daß die Regierung genau wie vor acht Tagen auch heute eine Finanzdebatte nicht wünsche. Das Parlament müsse sich auch über die parteipolitischen Erwägungen stellen. Eine nationale Einigung sei unerläßlich. Aufgabe der Abgeordneten sei es, als gute Franzosen sich um die Regierung zu scharen, wenigstens so lange die Finanzschwierigkeiten nicht behoben sind. Später könne dann der Kampf um die politischen Doktrinen wieder aufgenommen werden. Die Regierung bedürfe jetzt einer stabilen Mehrheit. Eine Regierung, deren Dasein in einer so ernsten Lage des Landes nur an einem Faden hänge, könne die schwere Verantwortung nicht auf sich nehmen. Wenn eine augenblickliche Einigung nicht erzielt werden könnte, so bleibe der Regierung nichts anderes übrig, als zurückzutreten. Das Schlimmste, was es für das Kabinett gebe, sei die gegenwärtige Ungewißheit. Worauf es jetzt ankomme, sei eine methodische Zusammenarbeit zwischen Parlament und Regierung. — Hulin erwiderte, er sei bereit, seine Interpellation zurückzuziehen, wenn die Regierung die Zusicherung gebe, daß sie in keiner Weise zur Neubildung des nationalen Blocks beitragen werde. — Darauf ergriff Nogaro das Wort. Der Redner vermutet, daß die Regierung gegenüber der Bank von Frankreich zu weitgehende Verpflichtungen übernommen habe. Diesen Ausführungen widersprach der Finanzminister. Der Sozialist Vincent Auriol kritisierte die Zusammensetzung des Sachverständigenkomitees, in dem die Vertreter der Hochfinanz das Uebergewicht hätten.

Die Sitzung wurde darauf unterbrochen. Bei Wiederaufnahme der Sitzung schritt man zur Abstimmung.

Die Regierung beantragte die Vertagung der Interpellationen und stellte die Vertrauensfrage. Der Antrag wurde mit 313 gegen 147 Stimmen angenommen.

Die Radikalsozialisten haben sich der Abstimmung enthalten, mit Ausnahme von 20 Abgeordneten, die für die Regierung stimmten. Die Regierungsmehrheit setzte sich sonst nur aus Rechtselementen zusammen. Ungefähr 140 Abgeordnete nahmen an der Abstimmung nicht teil.

Es wäre verfehlt, das Abstimmungsergebnis als eine stabile Mehrheit für das Kabinett Briand auffassen zu wollen, und es liegt auf der Hand, daß das starke Eintreten der Rechtsparteien für das Kabinett die Lage der radikalsozialistischen Kabinettsmitglieder noch mehr erschwert. Immerhin hat das Kabinett Briand für die nächste Zeit Ruhe. Die neue Entscheidung wird erst am Ende des Monats bei der Eröffnung der sachlichen Finanzdebatte fallen.

Italien im Ostpakt?

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Moskau, 2. Juni. Von gut unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß Tschitscherin Anfang August eine neue Europareise antreten wird, wobei er u. a. Berlin, Paris und Rom einen Besuch abstatten wird. Wie der Vertreter der Telegraphen-Union erfährt, gilt die neue Reise Tschitscherins hauptsächlich einer Zusammenkunft mit Mussolini, mit dem er über die Ostpaktprobleme verhandeln will. Der russische Botschafter in Rom, Kerschenzow, habe, wie es heißt, Anweisung erhalten, mit der italienischen Regierung bereits zu unterhandeln, um Italien für den Ostpakt zu gewinnen. Dagegen wolle sich Rußland Italien gegenüber verpflichten, es in seiner Kolonialpolitik zu unterstützen.

Polens neues Oberhaupt.

Strenge Militärzensur in Warschau.

Nachdem Marschall Pilsudski die Annahme des Staatspräsidentenamtes endgültig abgelehnt hatte, trat die polnische Nationalversammlung in Warschau am Dienstag abermals zur Wahl des Statspräsidenten zusammen. Die Wahl endete im zweiten Wahlgang mit dem Siege des von Pilsudski vorgeschlagenen Kandidaten, Professors Moscicki, der 281 Stimmen auf sich vereinigte, während der Kandidat der Rechtsparteien, Graf Bninski, 200 Stimmen erhielt. Eine Stimme entfiel im zweiten Wahlgang auf den Kandidaten der Sozialdemokraten, Marek; außerdem wurden 63 weiße Zettel abgegeben.

Ignaz Moscicki wurde am 1. Dezember 1867 in Mierzanow bei Plock in Kongreß-Polen geboren. Er absolvierte die Mittelschule in Warschau und besuchte dann das von deutschen Lehrkräften geleitete Polytechnikum in Riga. Nach einem fünfjährigen Aufenthalt in London siedelte er nach Freiburg in der Schweiz über, wo er längere Zeit als Assistent an der dortigen Hochschule tätig war. Im Jahre 1912 übernahm er den Lehrstuhl für Elektro-Chemie an der Technischen Hochschule in Lemberg. Nach der Angliederung Ost-Oberschlesiens an Polen wurde er zum Leiter der Chorzower Stickstoffwerke ernannt. Moscicki war früher Sozialist und ist seit 15 Jahren parteilos und parteipolitisch uninteressiert. Er steht persönlich in nahen Beziehungen zu dem jetzigen Ministerpräsidenten Bartel, dem Marschall Nataj und erfreut sich auch der Schätzung Pilsudskis. Den Parteien, die ihn jetzt gewählt haben, gilt er als überzeugter Demokrat.

In Warschau wird wieder eine strenge Militärzensur ausgeübt. Sämtliche Ferngespräche werden überwacht, so daß die Berichterstattung aus Polen außerordentlich erschwert ist. Die Korrespondenten der deutschen Zeitungen wurden wiederholt aufgefordert, sich bei Ferngesprächen nur der polnischen Sprache zu bedienen. Konnten sie dieser Aufforderung nicht nachkommen, wurden die Verbindungen rigoros getrennt. Die Erregung in der Stadt ist nach wie vor groß.

Der polnische Finanzminister hat alle Mitglieder des Verwaltungsrates der staatlichen Landwirtschaftsbank wegen Bestechung und Korruption ihres Amtes enthoben. Die Landwirtschaftsbank ist nach der Polnischen Staatsbank die größte und volkswirtschaftlich bedeutendste Bank Polens.

Moscicki nimmt die Wahl an.

Ignaz Moscicki hat die Wahl zum Staatspräsidenten angenommen. Die Nationalversammlung, bei der die Vereidigung des neuen Staatspräsidenten vorgenommen werden soll, wird Freitag zusammentreten.

Die Arbeitsverhältnisse in Rußland.

Die proletarisch-bolschewistische Oktoberrevolution im Jahre 1917 führte restlos die Nationalisierung alles früheren Staats- und Privateigentums, also des gesamten Grund und Bodens, der Industrie, des Handels, Verkehrswesens usw. und auch den Ersatz der Geldwirtschaft durch die Naturalwirtschaft durch.

1921 erfolgte jedoch die Abkehr von diesem radikalen Kommunismus durch die Einführung der „Nep", der sogenannten neuen Wirtschaftspolitik. Die Nep bedeutet einmal die Anerkennung des Kapitalismus überhaupt, dann speziell die Zulassung des privat-kapitalistischen Elements in fast allen Wirtschaftszweigen. Erst mit der Einführung der Nep besserte sich allmählich die Lage der Arbeiter, die unter der Herrschaft des Kriegskommunismus trostlos gewesen war. Darf man russischen Statistiken und Reden maßgebender Regierungsvertreter Glauben schenken, so soll der Arbeitslohn der Industriearbeiter gegenwärtig im allgemeinen das Vorkriegsniveau erreicht haben bezw. ihm ganz nahe gekommen sein.

Man bedenke, heute nach 9 Jahren bolschewistischen Paradieses erst Erreichung der „Hungerlöhne" der kapitalistischen Zarenzeit! Wahrlich kein Anlaß zu gewinnbringender Propaganda, um Arbeitern anderer Länder die bolschewistischen Segnungen erreichenswert darzustellen, umso weniger, als es sich, wie man aus allen Umständen anzunehmen berechtigt ist, keineswegs um den Reallohn der Vorkriegszeit handeln kann.

Wie aus wiederholten, offiziellen Bekanntmachungen der Sowjetregierung hervorgeht, ist an eine Erhöhung der Löhne der Industriearbeiter in absehbarer Zeit gar nicht zu denken.

Nach russischen Statistiken, die für das vergangene Jahr gelten, verdient der Fabrikarbeiter monatlich 53,02 Rubel, der Textilarbeiter nur 46,22, in der Lebensmittelindustrie werden monatlich 63,69 Rubel und im Druckereigewerbe angeblich 79,00 Rubel verdient (1 Rubel = Mk. 2,16). Dabei handelt es sich nicht etwa um den durchschnittlichen Tariflohn, sondern um den tatsächlichen Verdienst, der den Tariflohn dank der weitgehendsten Anwendung des Akkordsystems ganz wesentlich übersteigt.

Was die angekündigte Nichterhöhung dieser Verdienste für den russischen Arbeiter bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage bedeutet, wird klar, wenn man bedenkt, daß die Kaufkraft des Tschetwertnez (nominell 10 Goldrubel) an

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF